

E-Payment Kreditwirtschaft legt nach

[14.4.2016] Seit § 4 des E-Government Gesetzes den Kommunen das elektronische Bezahlen ermöglicht, nehmen führende Anbieter der Branche den Markt ins Visier. Kein Wunder: Vier von fünf zahlungspflichtigen Verwaltungsleistungen finden im kommunalen Bereich statt.

Wer seiner Behörde vor Ort Geld zukommen lassen will, muss heute nicht mehr unbedingt auf Überweisungsvordruck oder Lastschrift zurückfallen. In vielen Verwaltungen können die Bürger inzwischen unter verschiedenen Möglichkeiten des elektronischen Bezahlers wählen: klassische Online-Überweisung oder Nutzung eines Bezahlendienstes, je nach persönlicher Vorliebe – so, wie sie es bereits aus dem klassischen E-Commerce-Umfeld kennen. Mit dem Angebot mehrerer alternativer Bezahlmethoden signalisiert eine Kommune zugleich Kundenservice und Bürgerfreundlichkeit. PayPal, Paydirekt und GiroCheckout gehören zu den derzeit diskutierten Modellen, was das elektronische Bezahlen im Kommunalsektor betrifft. Der amerikanische Anbieter PayPal hat die öffentliche Verwaltung schon vor längerer Zeit als neues Geschäftsfeld ausgemacht. Die Entscheidung fiel 2013 im Rahmen der Verabschiedung des E-Government-Gesetzes. Erste Kooperationen gab es im Jahr 2014 mit den Städten Düren und Kaiserslautern in Zusammenarbeit mit dem IT-Dienstleister regio iT; inzwischen bieten rund 50 Kunden aus dem kommunalen Umfeld PayPal als Bezahlmethode an. Das Unternehmen hat aktuell Partnerschaften mit fünf IT- und Rechenzentrumsdienstleistern auf Länderebene geschlossen, unter anderem mit ekom21 in Hessen, der Kommunalen Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) in Baden-Württemberg sowie GovConnect in Niedersachsen. Noch in diesem Jahr wird die Bezahlmethode in fünf Bundesländern flächendeckend verfügbar sein.

QR-Codes als geeignete Lösung

PayPal will den Bezahlvorgang sowohl auf Bürger- als auch auf Behördenseite so einfach wie möglich gestalten und setzt daher auf QR-Lösungen als Brücke zwischen Online- und Offline-Welt. Behördliche Zahlungsaufforderungen werden dabei mit QR-Codes für das Bezahlen per PayPal versehen. Boris Wolter, Projektleiter Öffentlicher Sektor bei PayPal: "Obschon bereits eine Vielzahl von Behördenleistungen online verfügbar ist, wird die überwiegende Mehrheit von Gebührenbescheiden und Rechnungen in

Deutschland in Papierform verschickt. Der Einsatz von QR-Codes ist hier eine geeignete Lösung. Für den Bürger wird das Bezahlen stark vereinfacht, für die Behörden entfällt die Rechnungsstellung in Papierform." Bei Bußgeldern in Hessen und Verwarngeldern in Kaiserslautern wird die Bezahlung via QR-Code bereits erfolgreich durchgeführt.

Als Alternative zu PayPal positionieren sich die deutschen Banken seit Ende 2015 mit Paydirekt und adressieren damit ebenfalls den kommunalen Markt. Eine Initiative, die um einige Jahre zu spät kommt, wie Kritiker den Anbietern des Online-Bezahlverfahrens vorwerfen. Paydirekt ist ein Gemeinschaftsunternehmen der deutschen Kreditwirtschaft, an dem neben den Genossenschaftsbanken auch Sparkassen und private Banken beteiligt sind. Es werden keine Kontodaten an einen dritten Dienstleister weitergegeben, der Bezahlvorgang verbleibt in der Infrastruktur der eigenen Bank. Die Nutzer bezahlen also direkt von ihrem Girokonto und die Überweisung wird unmittelbar in den Kontoumsätzen angezeigt. Nutzer können sich über ihr Onlinebanking registrieren, sobald ihre Hausbank teilnimmt. In den App-Stores stehen bereits Paydirekt-Apps für Android und iOS zum Download bereit. Helmut Wißmann, als Geschäftsführer Paydirekt verantwortlich für Technik und Organisation, zu den Vorteilen des Verfahrens: "Die Autorisierung und eine mögliche Altersverifikation durch das jeweilige Institut sind gute Argumente. Und natürlich die Tatsache, dass jeder Kontoinhaber durch seine Bank oder Sparkasse nach deutschen Standards authentifiziert ist."

Bund-Länder-Lösung für Kommunen

Eine Software zur Vereinnahmung von Online-Zahlungen, die im Rahmen von Bund Online 2005 entstand, ist ePayBL beziehungsweise E-Payment Bund-Länder. Sie unterstützt mehrere Zahlungsarten: neben Vorkasse und SEPA-Lastschrift auch Kreditkartenzahlung, Sofortüberweisung mittels GiroPay – ein weiteres Online-Bezahlverfahren der deutschen Kreditwirtschaft, quasi der Vorgänger von Paydirekt –, PayPal sowie das Barzahlen. Integriert ist ePayBL unter anderem in das Bürgerserviceportal Digital von A-Z des Kommunalen Rechenzentrums Minden-Ravensberg/Lippe (krz) aus Lemgo. Dort wird es von 37 Mitgliedskommunen genutzt. Das krz setzt mit ePayBL nach eigener Aussage bewusst auf eine Anwendung aus dem öffentlichen Sektor, welche die Besonderheiten der kommunalen Verwaltung berücksichtigt. Weiterentwickelt wird das System vom Bund sowie den Ländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen. Gemeinsam mit den Sparkassen in Lippe und Herford hat das krz ein weiteres Angebot

für die Zahlungsabwicklung geschaffen: Die Integration der Multi-Bezahlösung GiroCheckout in Bürgerserviceportale. GiroCheckout ist die zentrale Lösung der Sparkassen-Finanzgruppe für E-Government. Diese stellt Kommunen über ihren zentralen Dienstleister GiroSolution eine marktfähige Multi-Bezahlösung zur Verfügung. Sie ermöglicht neben der Abwicklung von Kreditkartenzahlungen und Lastschriftinzügen auch die Online-Überweisung GiroPay für E-Government. Mit GiroCode beinhaltet das System – wie auch PayPal – zudem eine Funktion zum Scannen von QR-Codes per Smartphone oder Tablet. Die Banking-App übernimmt über die Scan-Funktion dabei sämtliche Daten der Überweisung. Für den Zahlungspflichtigen entfällt so das manuelle, fehleranfällige Übertragen und der kommunale Fachbereich kann Zahlungseingänge problemlos zuordnen. Durch die zentrale technische Integration in ePayBL steht den Kommunen GiroCheckout direkt zur Verfügung. Auch Rechenzentren wie die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) oder ekom21 bieten das System ihren Kommunen zur Nutzung an.

Das erfolgreichste Angebot

Welche Methode auch zum Einsatz kommt – gegen die Pluralität mehrerer paralleler Verfahren will sich zumindest Boris Wolter im Sinne des Kundenservice nicht grundsätzlich wehren. Der PayPal-Vertreter will jedoch beobachtet haben, dass sich "aus bisherigen Einsatzszenarien im Verwaltungsbereich wie beispielsweise in Düren oder Gütersloh zeigt, dass PayPal sich nach der Implementierung sehr schnell zur meistgenutzten Bezahlmethode entwickelt." Die weitere Praxis wird zeigen, wie sich die Alternativangebote im Wettbewerb behaupten können.

Frank Zscheile ist freier Journalist in München.

Dieser Beitrag ist in der April-Ausgabe von Kommune21 erschienen. Hier können Sie ein Exemplar bestellen. (Deep Link)

Stichwörter: Payment, GiroSolution, PayPal, Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF), Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (krz), Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB), ekom21, Paydirekt, ePayBL

Bildquelle: PEAK Agentur für Kommunikation

Quelle: www.kommune21.de